

## **Rede von Oberbürgermeister Andreas Hesky zur Einbringung des Haushaltsplans 2013 der Stadt Waiblingen in der Sitzung des Gemeinderats am 11. Oktober 2012**

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte,  
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Staab,  
sehr geehrte Frau Baubürgermeisterin Priebe,  
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2013 vorlegen zu können, der genehmigungsfähig ist, der eine sehr ordentliche Zuführungsrate erwirtschaftet, der Zuführungen zur Allgemeinen Rücklage vorsieht und der darüber hinaus ermöglicht, dass Kredite getilgt werden, so dass wir auch von den angehäuften Schulden aus den wirtschaftlich schwierigen Jahren 2009 und 2010 wieder herunterkommen.

Man könnte sagen, zu diesem Haushaltsplan muss man eigentlich gar nicht viel sagen, weil er formal betrachtet und in der Sprache eines ortsansässigen Unternehmens ausgedrückt „zufriedenstellend“ ist. Stille Freude - in Bescheidenheit genossen - wäre durchaus angebracht. Das wäre aber nicht richtig und zu kurz gesprungen. Denn es lohnt sich sehr wohl, den Haushaltsplan näher anzusehen und sich mit seinen Besonderheiten zu beschäftigen. Bevor wir dieses tun, erlauben Sie mir einen Blick auf die allgemeine wirtschaftliche Situation unserer Stadt.

Wir können uns glücklich schätzen, dass wir Betriebe vom Ein-Mann-Unternehmen bis zum mittelständischen Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten in unserer Stadt haben. Das ist der Grund für unsere gute wirtschaftliche Situation. Die Betriebe zahlen Steuern, sie stellen Arbeitsplätze zur Verfügung, die Familien ein Einkommen und damit ein Auskommen ermöglichen. Viele Unternehmen betreiben - wie Privatpersonen auch - Sponsoring, stellen Geldbeträge für das Stadtmarketing oder Kulturveranstaltungen bereit, und tragen so dazu bei, dass Waiblingen eine Stadt ist, in der man sich wohlfühlen, in der man gut arbeiten, in der man gut leben kann. Den Unternehmen in unserer Stadt ist es gelungen, die wirtschaftlich schwierigen Jahre zu überwinden, sich neu und gut aufzustellen und so tagtäglich im Wettbewerb zu bestehen. Wenn man den Meldungen in den Medien Glauben schenken möchte, müssen wir allerdings darauf gefasst sein, dass dieses wirtschaftliche Hoch nicht auf Dauer anhält.

Sicher, es gehört zu uns Deutschen dazu, dass wir der negativen Meldung eher Glauben schenken als der positiven. Ein gewisser Grundpessimismus ist uns allen vermutlich in die Wiege gelegt. Er schadet aber auch nicht, ganz besonders nicht in

diesen guten Zeiten, da er uns davor bewahrt, übermütig zu werden oder zu Sprüngen anzusetzen, die uns überfordern würden.

Das gilt im Übrigen für Gemeinderat und die Verwaltung gleichermaßen. Sie werden sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind im Haushaltsplanentwurf 2013 nicht übermütig geworden, sondern haben seriös und auf die aktuellen Aufgaben der Stadt Waiblingen angemessen Finanzmittel eingestellt, die uns in die Lage bringen, Begonnenes fortzusetzen und Neues dort zu beginnen, wo wir gerade die größten Aufgabenschwerpunkte unserer Zeit sehen. Dazu war für uns Richtschnur der Stadtentwicklungsplan mit seinen Maßnahmen und Schwerpunkten, die in den jeweiligen Handlungsfeldern formuliert sind. In ihm spiegelt sich wider, was gesellschaftliche Themen im Allgemeinen für die Menschen in Waiblingen im Besonderen bedeuten.

Die Klausurtagung hat nochmals den Fokus auf die große Aufgabenstellung gerichtet, die heißt: Wie kann es gelingen, dass Waiblingen eine Einwohnerzahl von 53.000 Menschen behält? Dabei ist zu sehen, dass diese 53.000 Menschen keine statische Zahl sind, sondern eine permanent sich verändernde Größe darstellen. Menschen ziehen nach Waiblingen, ziehen in Waiblingen um, und ziehen von Waiblingen weg. Es hat sich gelohnt, genauer zu fragen, welche Umzugsmotive bei der getroffenen Entscheidung vorlagen. Dadurch haben wir Erkenntnisse bekommen, was unsere Stadt attraktiv macht, was unserer Stadt fehlt, und was für die Menschen wichtig ist. Diejenigen, die sich mit Umzugsgedanken tragen, setzen sich damit mehr auseinander als diejenigen, die sich nicht verändern wollen oder müssen. Wir haben auch erfahren, dass das nahe Umfeld im Umkreis von 25 Kilometern *das* Gebiet ist, an dem man sich orientiert und mit dem wir uns messen müssen und im Wettbewerb stehen.

Waiblingen attraktiv und als lebenswerte Wohlfühlstadt zu erhalten, in den Ortschaften genau so wie in der Kernstadt, ist der Generalbass unseres täglichen Handelns. Wenn uns dies gelingt, wird Waiblingen auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten seine Einwohner halten, neue Einwohner gewinnen und vor allem Menschen in seinen Mauern haben, die sich, weil sie sich hier wohlfühlen und weil sie sich in ihre Stadt einbringen können, bereit erklären, auch etwas für die Stadt zu tun, sei es im Verein, sei es in der Kommunalpolitik, sei es in der täglichen, oft nicht gesehenen Nachbarschaftshilfe von Mensch zu Mensch.

Was sind also die Motive, innerhalb der Stadt um, nach Waiblingen zu oder von Waiblingen weg zu ziehen? Ein Hauptargument war der nicht vorhandene bezahlbare Wohnraum. Das gilt für Mietobjekte genau so wie für Eigentumswohnungen und Häuser. Sicher, wir können nicht durch kommunalen Beschluss das Mietniveau verändern, und wir sollten auch froh darüber sein, dass die Immobilienpreise in Waiblingen auf einem guten und ordentlichen Niveau sind, weil dies auch in sehr vielen Fällen die Grundlage für die Finanzierung ist.

Niemand hat also Interesse an einem Preisverfall. Ganz sicher nicht. Wir müssen uns aber fragen, wie wir zielgerichtet Menschen, die sich heute auf dem freien Wohnungsmarkt schwer tun, eine Wohnung oder ein Grundstück anbieten können. Durch

die Diskussionen in der Klausurtagung meine ich, dass unsere Kommunalpolitik in diesem Bereich neue Impulse erhalten hat, welche die Bedeutung einer vorausschauenden Flächennutzungsplanung und einer sensiblen und ausgewogenen Ausweisung von Neubaugebieten und der Nachverdichtung im Bestand unterstrichen hat.

Die Stadt vermietet heute schon 494 Wohnungen, welche im eigenen Bestand oder im Eigentum der Wohnungsgesellschaft sind. Es wird darauf ankommen, diese Anzahl von Mietwohnungen in den nächsten Jahren zu erhöhen und zu einem breiten Spektrum von der einfachen bis zu der qualitativ hochwertigen Wohnung im Mietwohnungsportfolio der Stadt zu kommen. Dann können auch wir als Kommune ergänzend die Aktivitäten auf dem freien Wohnungsmarkt bereichern. Ein konkretes Beispiel ist der anstehende Mietwohnungsbau in der Beinsteiner Straße 40, der in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Sport zur Beratung und Beschlussfassung ansteht. Es kann uns dort gelingen, acht Mietwohnungen zu schaffen. Ein noch größeres Objekt befindet sich in Waiblingen-Süd. In einem städtischen Gebäude sind rund 20 Mietwohnungen untergebracht. Dieses ist dringend zu sanieren. Es ist sogar zu überlegen, dieses Gebäude abzureißen und durch einen Neubau zu ersetzen, in dem 24-28 Wohnungen, mit modernen Zuschnitten, barrierefrei, manche auch rollstuhlgerecht, entstehen. Das würde eine deutliche Aufwertung für das gesamte Gebiet Soziale Stadt Waiblingen-Süd bedeuten. Die Verwaltung wird dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreiten, wie dieses Objekt geschultert werden könnte. Wir sehen hier insbesondere, und da greife ich gerne die Anregung aus der Klausurtagung des Gemeinderats auf, die städtische Wohnungsgesellschaft, die auch stärker im Bereich des Wohnungsbaus zum Einsatz kommen könnte.

Bei diesem Projekt könnte uns in der Finanzierung ein Grundstücksgeschäft zugute kommen, welches die Stadt Waiblingen nicht beeinflussen konnte. Es handelt sich um den Verkauf der Wohnungssparte der Landesbank Baden-Württemberg an die Patrizia AG, die aus diesem Wohnungsbestand die Südewo GmbH gebildet hat. Die Südewo hat sich bereit erklärt, sämtliche Belegungsrechte, wie sie bisher auch für die Stadt Waiblingen eingeräumt sind, fortzusetzen und sie sogar um weitere acht Jahre zu verlängern. Auch die Mietpreisbindung wird anerkannt und soll ebenfalls 5 Jahre über den heutigen Zeitraum hinaus verlängert werden. Gleichzeitig bittet die Südewo um die Möglichkeit, die bestehenden Kommunaldarlehen vorzeitig zurückzahlen zu dürfen. Es handelt sich um einen Betrag von rund 880.000 Euro, der uns zum 31.10.2012 als überraschender Geldsegen in die Kasse fließen wird. Diesen Betrag können wir als Grundstock für ein solches Sanierungs- oder Neubauprojekt verwenden, um den Mietwohnungsmarkt zu beleben und einem wichtigen Anliegen von vielen Menschen Rechnung zu tragen. Wir sollten diese Mittel ihrem ursprünglichen Zweck, dem Mietwohnungsbau, wieder zuführen und sie nicht einfach nur im Haushalt als Einnahme verwenden, sondern in die Allgemeine Rücklage mit dieser Zweckbindung einstellen.

Auch im Neubaubereich sind wir mit dem Waiblinger Baulandmodell gut aufgestellt. Dadurch konnten wir in den vergangenen 5 Jahren über 200 Grundstücke veräußern,

auf denen mehr als 300 Wohneinheiten vom freistehenden Einfamilienhaus bis zum Mehrfamilienhaus mit Eigentumswohnungen entstanden sind. Die Nachfrage nach kommunalen Grundstücken ist derart enorm, dass wir so gut wie keine freien Grundstücke mehr zum Verkauf anbieten können. Wir haben nur noch wenige Grundstücke im Gebiet Galgenberg II im Angebot. Wir waren gut beraten, dass wir das Waiblinger Baukindergeld ausgelobt haben, um Impulse und Anreize zu geben, dass sich Menschen für Waiblingen entscheiden. Und das auch in Jahren, in denen die Konjunktur lahmte.

Was können *und* müssen wir also tun, um es den Menschen zu ermöglichen, in Waiblingen wohnen bleiben zu können oder in unsere Stadt zu ziehen? Ein Schlüssel dazu wird bei künftigen Baugebieten der Ankaufpreis des Rohbaulands sein. Er muss es uns ermöglichen, Wohnungspolitik und damit Sozialpolitik zu betreiben. Das soll nun nicht heißen, dass die Grundstückseigentümer, welche Rohbauland zur Verfügung stellen und an die Stadt veräußern, übervorteilt werden. Ganz im Gegenteil. Es muss aber auch klar sein, dass die Entwicklung von Bauland mit Risiken und mit enormen Kosten für Erschließung und Ausgleichsmaßnahmen verbunden ist, die nicht die Stadt allein zu tragen hat, sondern auch diejenigen, die ihr Grundstück einbringen, weil auch Grundeigentum verpflichtet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um die Anregung zu geben, dass wir uns als Stadt künftig die Selbstverpflichtung geben, in jedem Neubaugebiet ein oder zwei Mietwohnungsobjekte, ich spreche von Mehrfamilienhäusern, zu errichten, um auch in Neubaugebieten Mietwohnungsbau zu ermöglichen.

Leider ist es trotz aller Steuereinnahmen, welche das Land Baden-Württemberg oder auch der Bund derzeit verzeichnen, eine Tatsache: Weder auf Bundes- noch auf Landesebene gibt es Programme, die den Mietwohnungsbau ankurbeln und so dafür sorgen, dass die soziale Schere in unseren Städten nicht weiter auseinandergeht. Und gut, angemessen, preiswert, in einem sozialen Umfeld wohnen zu können, ist das Grundbedürfnis aller Menschen. Hier sind wir als Kommune gefordert!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie sich zurückerinnern an den Finanzzwischenbericht 2012, bei dem auch die vorläufigen Ergebnisse der Jahresrechnung 2011 bekannt gegeben wurden, könnte vielleicht die Meinung bei der einen oder dem anderen gekeimt sein, dass im Haushaltsplan 2013, unterstellt, es geht uns wirtschaftlich weiterhin gut, Spielräume vorhanden sind, die uns im Gemeinderat zu harten Auseinandersetzungen führen könnten, wofür wir unser Geld schwerpunktmäßig einsetzen müssten.

Nicht, dass Sie mich falsch verstehen, ich möchte keine Diskussion im Gemeinderat von vornherein unterbinden. Ganz im Gegenteil. Die Diskussion und sachliche Aussprache ist wichtig und notwendig. Aber auch ich als Oberbürgermeister habe mich durchaus dieser soeben skizzierten Hoffnung hingeeben und mir vorgestellt, dass es in 2013 möglich sein wird, das eine oder andere Projekt, das nun schon länger auf sich warten lässt, durch einen deutlichen Finanzierungsposten auf die Schiene zu setzen. Ich habe mich allerdings beim Blick in den ersten Entwurf des Haushaltsplans eines Besseren belehren lassen müssen: Wir haben keine Spielräume!

Im Vermögenshaushalt liegt nach wie vor der Investitionsschwerpunkt auf der Bildung und in der Bewahrung und Sicherung des kommunalen Vermögens. Insgesamt rund 1,6 Millionen Euro fließen in die Schaffung von neuen U3-Gruppen in den Kindergärten Mühlweingärten, Kirchacker und Taubenstraße. Ein Investitionszuschuss für das Montessori-Kinderhaus in Höhe von 210.000 Euro rundet dieses Bild ab. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieser Betrag schon dieses Jahr notwendig werden.

Damit kann Waiblingen seinen Spitzenplatz in der Bedarfsdeckung für den U3-Bereich festigen. Mit dem bisherigen Ausbau wird allerdings der Bedarf an U3-Plätzen wohl noch nicht abgedeckt werden können, wobei heute niemand genau sagen kann, wie viele Plätze benötigt werden. Um zu rund 60% Bedarfsdeckung zu kommen, das sind dann etwa 600 Plätze im U3-Bereich, werden wir dem Ausschuss für Bildung, Soziales und Verwaltung in seiner nächsten Sitzung vorschlagen, den geplanten BBW-Betriebskindergarten im Ameisenbühl zu bezuschussen und in die Bedarfsplanung aufzunehmen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von rund 923.000 Euro werden in die Änderungsliste aufgenommen. Damit können ab Mitte 2013 zwei Gruppen im Ü3-Bereich und drei Gruppen, also 30 Plätze, im U3-Bereich geschaffen werden. Und dies erstmals in einem Gewerbegebiet, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicher noch weiter verbessern wird. Nicht verschwiegen werden soll, dass wir damit dem Gewerbegebiet Ameisenbühl eine deutliche Aufwertung geben, was zur Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes Waiblingen insgesamt beiträgt.

Durch diese Bezuschussung wird sich der Stand der Allgemeinen Rücklage leicht verringern. Ich mache aber keinen Hehl daraus und sage es deutlich, für den Bereich der Kinderbetreuung muss es möglich sein, eine Finanzierung aus eigenen Mitteln, die in der Allgemeinen Rücklage stecken, auf den Weg zu bringen. Sie wird dann voraussichtlich bei 14,94 Mio. Euro zum Ende des Jahres 2013 liegen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Investitionshaushalt sind die Schulen. Mit rund 4,426 Millionen Euro handelt es sich insbesondere um die Finanzierungsfortsetzung für das Kommunikationssystem in Krisensituationen und den Ausbau der Ganztageseinrichtung an der Grundschule Beinstein, die Ganztageeinrichtung mit Mensa an der Salier Grund- und Werkrealschule, und der nicht kleinste Betrag ist die Schlussrate für die neue Sporthalle des Staufer-Gymnasiums mit 1,245 Millionen Euro.

Wir tun auch sonst viel für Kinder. Lassen Sie mich dazu exemplarisch eine, wenn auch vergleichsweise bescheidene, Position im Vermögenshaushalt herausgreifen. Es handelt sich um die angesetzte Position von rund 190.000 Euro für die Spielplätze in der Kernstadt. Darin enthalten sind die Ausgaben für Maßnahmen im Bereich des Spielplatzes Korber Höhe, welche dringend erforderlich sind, um dieses Areal, das die Natur zwischenzeitlich fast komplett vereinnahmt hat, wieder zu attraktivieren und den Menschen und insbesondere den Kindern und Jugendlichen auf der Korber Höhe wieder zugänglich zu machen. Die Sanierung dieses sogenannten Zentralspielplatzes ist auch eine sinnvolle Ergänzung unserer Aktivitäten im Bereich von Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten und Schulen.

Noch ein Wort zu den Schulen. Dort fallen vor allem die zahlreichen Sanierungsmaßnahmen ins Gewicht, wie die Fortsetzungsmaßnahmen an der Wolfgang-Zacher-Schule, der Salier-Realschule, der Staufer-Realschule, der Comeniuschule und der Realschule Neustadt. Für das Salier-Gymnasium sind in 2013 keine Sanierungsmittel veranschlagt, da wir im nächsten Jahr die Sanierung der Realschule so gut wie abschließen wollen, um uns dann dem Gymnasium zuzuwenden. Die Untersuchungen des Gebäudes sind aber abgeschlossen. Derzeit wird ein Konzept, wie am sinnvollsten vorgegangen werden kann, um den Schulbetrieb nicht mehr als notwendig zu beeinträchtigen, erarbeitet. Ohne Details heute nennen zu können, wird diese Sanierung in den nächsten Jahren einen zweistelligen Millionenbetrag erfordern.

Zum Oberbegriff „Sanierung und Vermögenserhalt“ gehören auch die Maßnahmen, die unser Bürgerzentrum betreffen. Wir alle sind stolz auf unsere gute Stube der Stadt. Auch im 28. Betriebsjahr kann sich dieses Gebäude nach wie vor sehen lassen – und wir uns mit ihm. Seine äußere und innere Architektur sprechen eine zeitlose Sprache. Dies soll auch in Zukunft so bleiben, und daran soll sich nichts ändern. Aber klar ist auch, dass an der technischen Ausrüstung oder der Fassade oder an der Terrasse und den Treppenanlagen, Aufzügen und der Tiefgarage die intensive Nutzung nicht spurlos vorüberging. Es gilt auch im technischen Bereich, gerade als Haus, in dem sich viele örtliche Unternehmen und unsere hochrangigen Kulturvereine regelmäßig präsentieren, auf Höhe der Zeit, also State of the Art, zu bleiben.

Bei der Besichtigung der Remsstuben mit den Ausschüssen für Planung, Technik und Umwelt sowie Wirtschaft, Kultur und Sport wurde klar, dass ein behutsamer Umgang mit dem Bürgerzentrum und auch mit dem Restaurantbereich erforderlich ist. In der nächsten gemeinsamen Sitzung von PTU und WKS wird den Ausschüssen der Vorschlag unterbreitet, im Restaurantbereich lediglich das Mobiliar im Eingangsbereich, also die Garderoben zu erneuern, Stauraum für Kinderstühle und Utensilien zu schaffen und den Teppichboden auszutauschen, im Zusammenhang mit der Beseitigung der Blumeninsel. Ebenfalls wird vorgeschlagen, die Beleuchtung zu erneuern, da die vorhandenen Befestigungen mit kunstvollen Knoten und Kabelbrücken sicher nicht zum gehobenen Ambiente unseres Bürgerzentrums passen. Für diese Maßnahmen können die in diesem Jahr bereits eingestellten 80.000 Euro, die ursprünglich für die Möblierung der Remsstuben vorgesehen waren, auf die wir vorschlagen zu verzichten, verwendet werden. Im Haushaltsplan 2013 sind daher lediglich 40.000 Euro eingestellt, mit denen der Bodenbelag im Restaurant ausgetauscht werden soll, wobei auf den Austausch der Fliesen an der Treppe und im Thekenbereich verzichtet wird.

Die anderen Maßnahmen im gesamten Bürgerzentrum, wie Haustechnik, die Sanierung des weiteren Aufzugs und der Abschluss der Sanierung im Küchenbereich, schlagen sich mit insgesamt 770.000 Euro im Haushaltsplan nieder. Eine Planungsrate in Höhe von 80.000 Euro ist ebenfalls eingestellt, mit der dem Gemeinderat aufgezeigt werden soll, welche weiteren Maßnahmen im Bereich der Fassade, der Technik, der Tiefgarage noch erforderlich sind. Ich gehe davon aus, dass mit dieser Planungsrate und der dadurch möglichen Gesamtplanung der immer wieder verein-

zelt geäußerte Wunsch nach einem Gesamtsanierungskonzept für das Bürgerzentrum erfüllt werden kann.

Ich hoffe, dass dadurch auch deutlich wird, dass es nicht die Absicht der Verwaltung war und ist, das Bürgerzentrum im Inneren oder Äußeren zu ändern, sondern es lediglich darum geht, das Haus zu erhalten, es technisch auf den aktuellen Stand zu bringen und damit auch einen Anteil zu leisten, Energie zu sparen. Beispielsweise werden wir Ihnen vorschlagen, die Säle komplett auf LED-Beleuchtung umzustellen, um dadurch zwischen 80 und 90 % der Beleuchtungsenergie bei gleicher Lichtausbeute zu reduzieren.

Hervorzuheben ist noch die Baumaßnahme für unser Haus der Stadtgeschichte. Mit rund 440.000 Euro schlägt in 2013 der Umbau in ein barrierefreies Gebäude in der Weingärtner Vorstadt zu Buche. Die Ausstellungsplanung ist mit 92.000 Euro veranschlagt. Ich möchte an dieser Stelle nochmals ausdrücklich dafür danken, dass die Mehrheit des Gemeinderats diesem Projekt Grünes Licht gegeben hat, weil es sich um ein stadthistorisch bedeutsames Projekt handelt, das auch im Kontext mit Galerie und Kunstschule diesen Bereich im Norden unserer historischen Altstadt deutlich aufwertet und zur weiteren Attraktivitätssteigerung verhilft.

Ebenfalls im Investitionsplan veranschlagt sind die weiteren Mittel, die anfallen, um den Fachbereich Bürgerdienste, der momentan noch im künftigen Haus der Stadtgeschichte untergebracht ist, in das Marktdreieck umzusiedeln. Wir können damit barrierefreie Büroräumlichkeiten ermöglichen und haben dann die Bürgerdienste wieder mitten in der Stadt. Das tut dem gesamten Marktdreieck gut, wobei die Mammutaufgabe der energetischen Sanierung der noch nicht sanierten Teile des Marktdreiecks nach wie vor auf der Agenda bleibt.

Die Sanierung der Karolingerschule und deren Umbau in ein Familienzentrum gehen im Jahr 2013 in die heiße Phase. Die Eröffnung soll Ende September oder Anfang Oktober 2013 stattfinden. Die im Dachverband des Familienzentrums zusammengeschlossenen Organisationen freuen sich sehr auf den Umzug unter ein Dach.

Nach der Beendigung der Sanierung der Karolingerschule müssen wir uns dem Zellerplatz zuwenden. Er gehört zu den zentralen Plätzen in unserer Stadt, ergänzt bzw. setzt den Alten Postplatz Richtung Talauwe fort und gehört im direkten Umfeld des Familienzentrums, der Michaelskirche und des Nonnenkirchles zu den Kleinoden von Waiblingen. Eine Planungsrate für die Umgestaltung des Platzes ist im Jahr 2013 aufgenommen. Vielleicht kann auch eine Bürgerwerkstatt durchgeführt werden, wobei der Platz ein Platz sein und bleiben sollte, da wir ihn benötigen, als Treffpunkt, als innerstädtischer Ort für Kino und Feste. Mit der Umgestaltung können wir aber erst im Jahr 2015 beginnen, da wir den Zeller-Platz dringend für unser ambitioniertes Heimattage-Programm benötigen und nicht durch eine Baustelle blockieren dürfen.

Wir sind in Waiblingen stolz auf unser Vereinswesen. Ausreichende, gepflegte Sportanlagen für die Schulen und Vereine in unserer Stadt zur Verfügung zu stellen, gehört zu unseren Aufgaben aus der Verpflichtung als Sportstadt, wie sich Waiblingen

gerne und zu Recht bezeichnet. Im Vermögenshaushalt 2013 ist die erste Finanzierung für den Sportplatz Beinstein mit 391.000 Euro veranschlagt, so dass der Kunstrasenbau im Jahr 2014 erfolgen kann. Hier sind wir nicht allein Herr des Verfahrens, sondern sind auf die Umsetzung des Wohnbaugebiets „An der Remstalquelle“ angewiesen. Gleichzeitig gestaltet sich das bisherige Bebauungsplanverfahren angesichts der Befürchtungen und der Einsprüche der Nachbarn nicht ganz einfach, wobei es Konsens ist, auf ein Miteinander und nicht auf ein Gegeneinander zu setzen. Das bisher Erreichte stimmt hoffnungsfroh, dass nun der örtliche Frieden auch mit dem künftigen neuen Sportplatz gewahrt bleibt.

Noch ein Wort zu Beinstein: Diese Woche konnte mit Handschlag der Grunderwerb für den Radweg an der Rems auf Seite der Geheimen Mühle getätigt werden. Keine Sorge, eine notarielle Beurkundung folgt noch. Aber in Beinstein gilt noch der Handschlag. Damit kann der touristisch und auch für den Pendlerverkehr wichtige Remstalradweg auf einem entscheidenden Stück geschaffen werden und die Trennung von Fußgängern und Radfahrern, die oftmals nicht konfliktfrei den selben Weg benutzen können, gelingt. 270.000 Euro sind für die Brücke über den Mühlkanal und den Radweg eingestellt.

Wer nun erwartet, dass ich zu Positionen für neue Hallen in Bittenfeld oder in Hegnach komme, sieht sich getäuscht. Unser Vermögenshaushalt ist mit den bisher genannten Investitionen bereits randvoll und am Limit. Es ist aber nicht so, dass es in den Hallenfragen nicht vorangeht. Die Gespräche in Bittenfeld und Hegnach laufen. Ich gehe davon aus, dass wir Anfang 2013 eine klare Linie für die Entwicklung in Bittenfeld und Hegnach, dort voraussichtlich noch dieses Jahr, erreichen, weil dann die in Auftrag gegebenen Untersuchungen für eine Sanierung oder einen Neubau der Hartwaldhalle und eine Verbesserung der Hallensituation in Bittenfeld mit den Vereinen, dem Ortschaftsrat und dem Gemeinderat sowie der Öffentlichkeit diskutiert werden können.

Die Zeit bis dahin müssen wir uns aber nehmen. Es hat keinen Sinn, hier etwas über das Knie brechen zu wollen oder öffentlichkeitswirksam Mittel in den Haushaltsplan einzustellen, die keinen realen Bezug haben. Und es gilt auch, neben der Akzeptanz der Bevölkerung, die Vereinbarkeit dieser Investitionen mit den -aus meiner Sicht- Pflichtaufgaben aus der Kinderbetreuung und der Schulentwicklung in Einklang zu bringen.

Wir müssen, je nach Abhängigkeit der Beratungen und Möglichkeiten in Bittenfeld, uns auch für die Gesamtstadt entscheiden. Wo kann eine angemessene Sporthalle stehen, in der jeder Verein der Stadt eine Spielstätte findet, wenn er in der 2. Bundesliga, vielleicht sogar in der 1., Handball spielt?

Wir müssen uns auch die Frage stellen, wie wir mit der Rundsporthalle umgehen. Der VfL moniert zu Recht, dass wir bisher nur in den Brandschutz und in die Sicherheit der Halle investiert haben. Dazu waren wir aber auch verpflichtet, und es gab keine andere Möglichkeit. Natürlich erwartet der VfL aber auch, dass wir uns dazu äußern, wie es mit der Kabinen- und der Toilettensituation weitergeht und ob es sich



noch lohnt, den maroden Hallenboden auszutauschen oder ob es nicht besser ist, auf einen Neubau zu setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf einen Neubau wartet auch die Feuerwehr in Neustadt schon eine ganze Weile. Der Neubau des Feuerwehrhauses wurde in der wirtschaftlich schwierigen Zeit geschoben. Ich hätte mir gewünscht, das Haus im 125. Jubiläumsjahr der Abteilung Neustadt, also dieses Jahr, zu übergeben oder zumindest einen Spatenstich für den Neubau durchzuführen. Beides war nicht möglich, da andere Prioritäten gesetzt werden mussten und das Geld nicht da war. Die Mitglieder der Feuerwehr Abteilung Neustadt wissen aber Bescheid, warum es zu dieser Verschiebung kommt, tragen diese mit und haben Verständnis. Dafür danke ich sehr. Daher ist diese Vorgehensweise, die Ihnen nun vorgeschlagen wird und die Sie im Haushaltsplanentwurf abgebildet sehen, auch mit der Feuerwehr Abteilung Neustadt und mit dem Kommandanten und seinem Stellvertreter für die Gesamtheit abgesprochen. Im Haushaltsplanentwurf 2013 sind weitere 50.000 Euro eingestellt. Auch die in 2012 eingestellte Planungsrate mit 100.000 Euro steht noch gänzlich zur Verfügung. Damit kann ein Wettbewerb und die Planung für dieses Haus durchgeführt werden kann.

Das Feuerwehrhaus wird seinen Platz auf dem heutigen Hartplatz, direkt am Schärweg, gegenüber dem Unternehmen Stihl, finden. Es muss unser Anspruch sein, die gute Architektursprache, die in Neustadt überall, aber insbesondere auch von Stihl gepflegt wird, aufzunehmen und auch ein ansprechendes Gebäude für die Feuerwehr auf den Weg zu bringen. Des Weiteren wird im Jahr 2013 der Bebauungsplan auf den Weg gebracht, so dass zum Frühjahr 2014 der Antrag auf Bezuschussung gestellt werden kann, der, so hoffen wir alle, im Mai 2014 positiv beschieden werden könnte. Dann wäre ein Baubeginn im Sommer/Herbst 2014 machbar, so dass die Fertigstellung im Jahr 2015 absehbar ist.

Damit hat der Vermögenshaushalt 2013 insgesamt ein Volumen von rund 25,141 Millionen Euro. Der Grunderwerb fällt mit rund 196.000 Euro relativ bescheiden aus. Im Jahr 2013 steht aber kein Erwerb von Rohbauland zur Schaffung neuer Baugebiete an.

An Baumaßnahmen enthält der Vermögenshaushalt in Summe rund 16,7 Millionen Euro. Für die Schulen werden rund 5,38 Millionen Euro ausgegeben und für den Kindergartenbereich etwa 3,1 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nun einen Blick auf den Verwaltungshaushalt werfen. Der Verwaltungshaushalt hat ein Volumen von 151,524 Millionen Euro. Bei einem unterstellten Kreisumlage-Hebesatz von 39%, das sind 25,324 Millionen Euro, damit ist Waiblingen auch im Jahr 2013 Spitzenkreisumlagezahlerstadt, wird eine Zuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt in Höhe von 11,729 Millionen Euro erwirtschaftet.

Auf der Einnahmenseite gehen wir davon aus, dass wir rund 49 Millionen Euro Gewerbesteuererinnahmen erhalten werden. Die Grundsteuer B liegt mit 9,5 Millionen

Euro leicht über dem Ansatz des Jahres 2012, da die Anzahl der grundsteuerpflichtigen Grundstücke durch die Neubaugebiete gestiegen ist, und deren Wert ebenso. Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer dürfte bei etwa 26,14 Millionen Euro liegen. An Schlüsselzuweisungen vom Land werden 10,7 Millionen Euro erwartet, das sind etwa 1,6 Millionen Euro mehr als dieses Jahr, was auf die gute finanzielle Situation landesweit zurückzuführen ist.

Im Hinblick auf die Zuweisungen, welche die Kommunen vom Land für Ausgaben im Bereich der Kindergartenförderung erhalten, sind Zuweisungen für laufende Zwecke in Höhe von 9,242 Millionen Euro veranschlagt. Gegenüber dem Jahr 2011, als das Land diese Mitfinanzierung noch nicht anerkannt hatte, ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von rund 2,3 Millionen Euro. Bei den Ausgabepositionen möchte ich insbesondere auf die Personalausgaben in Höhe von zu erwartenden 38,247 Millionen Euro hinweisen. Gegenüber dem Jahr 2011 ist dies eine Steigerung um etwa 6,5 Millionen Euro. Das hört sich auf den ersten Blick gravierend an.

Summarisch betrachtet ist es das sicher auch, wobei bereits im Jahr 2012 die Personalausgaben bei 35,6 Millionen Euro lagen. Dies deshalb, weil im Vorgriff auf den Stellenplan 2013 bereits im September 2012 zahlreiche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt wurden. Zum einen, weil neue Einrichtungen in Betrieb gingen. Zum anderen, weil wir den Personalschlüssel angehoben haben. Unsere Kindertagesstätten sind alles hochqualifizierte Einrichtungen. Seien wir dem Personal dankbar für die tägliche Arbeit am Kind. Die Stellenmehrung zwischen 2012 und 2013 resultiert daher daraus, dass im Stellenplan die Schaffung von 28,45 Stellen, die bereits 2012 vom Gemeinderat genehmigt wurden, nachvollzogen wird sowie aus weiteren 3,55 Stellen für die gesamte Verwaltung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz der Mehrausgaben für essentielle Aufgaben unserer Stadt, zeigt der Haushalt ein sehr erfreuliches Ergebnis. Insgesamt können rund 3,3 Millionen Euro Kredite getilgt werden, davon rund 2,8 Millionen Euro außerordentlich. Diese Mittel wurden in der Allgemeinen Rücklage angespart, so dass im Jahr 2013 der Schuldenstand wieder spürbar reduziert werden kann.

Der Haushaltsplanentwurf 2013 ist damit eingebracht. Er sieht keine Steuererhöhungen vor. Eine Senkung der Hebesätze ist aber auch nicht möglich, da dies die Tilgung von Krediten in den nächsten Jahren erschweren oder sogar unmöglich machen würde.

Auch die wirtschaftlich gute Situation eröffnet keine Spielräume. Unsere Mittel sind durch die Fortsetzung von begonnenen Investitionen und vor allem durch Ausgaben für Bildung und Betreuung gebunden. Dies hat oberste Priorität. Trotzdem müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten Antworten auf die anstehenden Fragen zur Hallensituation in den Ortschaften und in der Kernstadt finden.

Der Haushaltsplanentwurf 2013 zeigt auf, dass konsequent die Standortvorteile, die Waiblingen gegenüber anderen Kommunen hat, ausgebaut werden. Gleichzeitig wird aber auch die Unterhaltung des Vermögens nicht vernachlässigt und es werden Im-

pulse im sportlichen und kulturellen Bereich sowie im Umgang mit unserer historischen Gebäudesubstanz mit dem Haus der Stadtgeschichte gesetzt.

Ich danke allen Steuerzahlern, Gewerbetreibenden und der Bürgerschaft unserer Stadt für ihre tägliche Mitwirkung an der Gestaltung unseres Gemeinwohls.

Für die Erstellung des Haushaltsplanentwurfs und eine akribische, sorgfältige Arbeit, danke ich Herrn Hähnle, Frau Zettler und Frau Schirling sowie dem Kämmereiteam.

Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich freue mich auf die Aussprache zum Haushaltsplanentwurf 2013 und auf unsere weitere gemeinsame Arbeit für unsere Stadt Waiblingen.